



SPD

Wahlkreiszeitung



Matthias Schmidt, MdB



Ausgabe 13 - Februar 2015

Auflage 10.000 Stück

## Quiz

Wissen Sie es?

Das Reichstagsgebäude, ein Gebäude von nationaler Bedeutung. Nach dem Reichstagsbrand, dem zweiten Weltkrieg und der deutschen Teilung ist das Reichstagsgebäude seit 1999 wieder Sitz des Deutschen Bundestages.

**Wann wurde das Reichstagsgebäude, unter der Leitung des Baumeisters Paul Wallot, erbaut?**

- a) 1871 - 1876
- b) 1884 - 1894
- c) 1920 - 1922

Ihre Antwort an:

**Matthias Schmidt, MdB**  
**Ekkehardstraße 1**  
**12437 Berlin**

oder

**matthias.schmidt@bundestag.de**

Unter den richtigen Antworten werden zwei Gutscheine für die Chocolaterie Catharine in der Grünstraße 17 (Altstadt Köpenick) verlost.

**Der Einsendeschluss ist am Freitag, den 27. Februar 2015.**

## Inhalt

### Raus aus den Schulden

Bereits 2014 wurden keine neuen Schulden aufgenommen Seite 2

### Zeitungssente auf dem Müggelsee?

Droht die Teilspernung für Wassersportler? Seite 2

### „Den Mindestlohn find ich gut!“

Erste Erfahrungen mit der neuen Lohnuntergrenze Seite 3

### Nach Mindestlohn und Rente mit 63 schon am Ziel?

Die SPD-Fraktion hat zahlreiche Pläne für das neue Jahr Seite 4

## Pegida statt Politik?

Diskussion am 8. Februar, 10 Uhr, Freiheit 15



*No-Pegida-Demonstration in Dresden.*  
Foto: Marc Dietzschkau

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn, seit dem 20. Oktober 2014 kommen an jedem Montag in vielen deutschen Städten Menschen zusammen und protestieren gegen „die Islamisierung des Abendlandes“. Zunächst waren es einige Hundert. Mittlerweile sind es tausende Bürgerinnen und Bürger. Besonders in Dresden findet Pegida großen Zuspruch.

Doch dort wo Pegida marschiert, gehen zugleich unzählige Demonstrantinnen und Demonstranten auf die Straßen und stellen sich gegen die pauschale Verurteilung von Bürgerinnen und Bürgern, von Nachbarinnen und Nachbarn, von Menschen.

In den Parteien wird gestritten, ob mit Anhängerinnen und Anhängern von Pegida gesprochen werden darf. Für mich ist klar: Einer Diskussion gehe ich nicht aus dem Weg. Vielmehr möchte ich diese suchen, um sie gemeinsam mit allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern aus Treptow-Köpenick zu führen.

Was bewegt die Menschen, die sich Montags in Dresden und anderen deut-

schen Städten versammeln? Was wollen diese Menschen bewegen? Ist Pegida eine Bewegung? Sind neunzehn knappe Forderungen ein Programm?

Wut auf Bekanntes gepaart mit Angst vor Unbekanntem? Macht Pegida Politik? Ist Pegida Politik? Oder ist Pegida das Gegenteil von Politik? Wohin steuert die Gesellschaft? Wie weltoffen und tolerant ist sie?

Diese und weitere Fragen möchte ich mit Ihnen und meinen Gästen beim **Politischen Frühschoppen am Sonntag, den 8. Februar 2015, ab 10 Uhr, im Historischen Saal der Freiheit 15 (Freiheit 15, 12555 Berlin)** diskutieren.

Meine Gäste an diesem Vormittag sind:

**Burhan Kesici**, Generalsekretär des Islamrates der Bundesrepublik Deutschland, **Prof. Dr. Dieter Rucht**, Protestforscher beim Wissenschaftszentrum Berlin und **Olaf Sundermeyer**, freischaffender Journalist.

Ich freue mich auf die Diskussion.

Ihr

## Raus aus den Schulden

Bereits 2014 wurden keine neuen Schulden aufgenommen



*Der Schuldenstand des Bundes lag Ende 2014 bei rund 1,286 Billionen Euro*

Foto: Lupo / pixelio.de

Für das Haushaltsjahr 2014 waren zunächst neue Schulden in Höhe von 6,5 Milliarden Euro geplant. Das ist zwar im Vergleich zu früheren Zeiten nicht viel, aber es sind Schulden. Nun ist das nicht

nötig, denn das Ziel der Großen Koalition, 2015 ohne Neuverschuldung auszukommen, ist sogar schon ein Jahr früher erreicht. Die Summe von den ursprünglich als Neuverschuldung geplanten,

nun aber als Einnahmen verbuchten 6,5 Milliarden Euro setzt sich zusammen aus einer eingesparten Milliarde und 5,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen. Die speisen sich vor allem aus höheren Steuereinnahmen.

Das liegt vor allem an den erfolgreichen Unternehmen und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland. Sie sorgten für die höheren Steuereinnahmen. Für die Steigerung der Steuereinnahmen sind aber auch die Steuerhinterzieher verantwortlich. Im Jahr 2011 hat es rund 4800 Selbstanzeigen wegen Steuerhinterziehung gegeben, 2012 schon 8000, 2013 26.000 und 2014 sogar 38.500.

Ein Etat ohne Neuverschuldung ist zuletzt 1969 erreicht worden.

## Zeitungsentee auf dem Müggelsee?

Droht die Teilspernung für Wassersportler?

Die europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) vereinheitlicht die Ziele für Gewässerschutz auf einem hohen Niveau und fließt in Berlin in Gewässerentwicklungskonzepte (GEK) ein. Klingt nicht nur kompliziert, es ist auch so.

Umso größere Anerkennung verdienen Bezirksamt und Senatsverwaltung dafür, das Thema mit Bürgerinnen und Bürgern intensiv zu diskutieren und ihre Anmerkungen einfließen zu lassen. Dies geschieht in sogenannten Beteiligungswerkstätten. Die dritte ist in Vorbereitung, die zweite fand am 8. Dezember 2014 am Müggelsee statt.

Bei dieser gut besuchten Veranstaltung wurden Möglichkeiten des Gewässerschutzes debattiert und in Karten visualisiert. Diese haben einen Sturm ausgelöst. Ein mediales Gewitter über dem Müggelsee, der die anliegenden Wassersportvereine aufrüttelt.

Inzwischen hat sich herumgesprochen, dass der Orkan ein Sturm im Wasser-



*Müggelsee und Segelboote - Ein bald seltenes Bild?*

Foto: Rolf Handke / pixelio.de

glas ist. Welche Wasserflächen für eine Sperrung geeignet wären ohne Erholung Suchende und Wassersport zu beeinträchtigen will Matthias Schmidt mit Senator Andreas Geisel beraten und sich dabei zum Fürsprecher eines umweltverträglichen Wassersports machen. Dazu zählen Segler und Paddler, die den Müggelsee sportlich nutzen. Der Motorbootsport selbstverständlich

auch, solange die Fahrrinne nicht verlassen und die Geschwindigkeitsbegrenzung eingehalten wird.

Alle Anregungen werden in der nächsten Beteiligungswerkstatt, organisiert von der Senatsverwaltung, einfließen können. Zeit und Ort der dritten Beteiligungswerkstatt werden auch auf der Homepage von Matthias Schmidt mitgeteilt, sobald diese bekannt sind.



## Matthias Schmidt, MdB

### Wahlkreisbüro

#### Schmidts Ekke

Ekkehardstraße 1  
12437 Berlin-Baumschulenweg  
Telefon: 030 53 60 99 50  
Fax: 030 53 60 99 49

#### Öffnungszeiten:

Montag:	11 bis 17 Uhr
Dienstag:	9 bis 15 Uhr
Mittwoch:	9 bis 17 Uhr
Donnerstag:	9 bis 15 Uhr
Freitag:	9 bis 15 Uhr
Samstag:	10 bis 13 Uhr

### Wahlkreisbüro

#### Rathaus Friedrichshagen

im Grünen Haus  
Bölschestraße 87/88  
12587 Berlin-Friedrichshagen  
Telefon: 030 22 01 38 11  
Fax: 030 22 01 38 12

#### Öffnungszeiten:

Dienstag:	14 bis 18 Uhr
Mittwoch:	10 bis 14 Uhr
Donnerstag:	14 bis 18 Uhr
Freitag:	10 bis 14 Uhr

### Bundestagsbüro

Unter den Linden 50  
10117 Berlin  
Telefon: 030 22 77 48 33  
Fax: 030 22 77 68 35

#### Postanschrift:

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

matthias.schmidt@bundestag.de  
www.matthias-schmidt.berlin

## „Den Mindestlohn find ich gut!“

### Erste Erfahrungen mit der neuen Lohnuntergrenze



Das Taxigewerbe ist vom neuen Mindestlohn besonders betroffen.

Foto: Q.pictures / pixelio.de

Seit gut einem Jahr ist Volker Forscher (Jahrgang 1959) als selbständiger Taxifahrer auf den Straßen von Berlin unterwegs. Zuvor war er angestellter Fahrer. Er ist ein Taxler mit Leib und Seele, ihn fasziniert der Umgang mit so vielen unterschiedlichen Menschen, die in der Hauptstadt ins Taxi steigen. „Früher war ich in der Welt unterwegs. Heute steigt die Welt zu mir ins Taxi“, sagt Forscher.

Schon in den 1980er-Jahren fuhr der gebürtige Heidelberger als Student Taxi in Berlin, damals noch in der geteilten Stadt. Das war ein einträglicher Job. „Der Markt war besser als heute. Weniger Taxen und die Leute hatten mehr Geld in der Tasche“.

Forschner findet es richtig und wichtig, dass nun endlich auch in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird: „Das wurde Zeit, dass hier eine moralische Untergrenze eingezogen wird“. Allerdings müssten nun Lösungen gefunden werden, wie es zu realisieren ist, dass der Mindestlohn gezahlt wird. Da liege in Berlin noch nichts auf dem Tisch, berichtet er.

Seit dem 1. Januar 2015 muss bundesweit in der Taxi-Branche der gesetzliche Mindestlohn bezahlt werden. Die Verbände der Branche haben es nicht ge-

schafft, sich auf eine Übergangslösung zu einigen, weshalb es jetzt kurz nach Jahresbeginn holpert. Im baden-württembergischen Pforzheim wurden wegen des Mindestlohns bereits im Dezember 2014 die Preise erhöht. In Berlin steht eine Erhöhung noch aus. Der Mindestlohn gilt auch für die Zeit, in der Taxifahrer am Taxistand auf Kundschaft warten, und das ist gut so. Jetzt muss die Branche neue Bezahlmodelle entwickeln, denn bislang waren angestellte Taxifahrer am Umsatz des Unternehmens beteiligt.

82 Prozent der deutschen Bevölkerung sprachen sich im März 2014 in einer Umfrage (ZDF-Politbarometer / Forschungsgruppe Wahlen) für die Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns aus.

Der Beruf der Taxler steht hier stellvertretend für alle, die vom Mindestlohn profitieren werden. Leistungen die gerne in Anspruch genommen werden, müssen sich auch für diejenigen lohnen, die diese Leistungen erbringen.

Denn für den Taxifahrer Forscher steht sein Service am Fahrgast an erster Stelle. Er ist überzeugt, dass man auch heute noch hinterm Taximeter gut verdienen kann, wenn man sich als Dienstleister versteht.

# Grenzenlos in Deutschland?

## Berlin, eine Stadt neuer Nachbarinnen und Nachbarn

Im letzten Jahr wurde vieles auf den Weg gebracht. Ist die SPD nach den Beschlüssen des letzten Jahres schon am Ziel?

Mindestlohn und abschlagsfreie Rente sind wichtige Etappenziele, aber jetzt geht es weiter. Hier eine kleine Auswahl der sozialdemokratischen Vorhaben für 2015:

### MENSCHENWÜRDIGE UND GUT BEZAHLTE ARBEIT

Zum 1.1.2015 ist der allgemeine gesetzliche Mindestlohn in Kraft getreten und wird damit für 3,7 Mio. Menschen zum ersten Mal spürbar. 2015 ist sicherzustellen, dass der Mindestlohn auch konsequent eingehalten und kontrolliert wird. Außerdem wird der Mindestlohn um Maßnahmen ergänzt, die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen: Leiharbeiter dürfen maximal 18 Monate eingesetzt werden. Nach neun Monaten Leiharbeit gilt: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Mit einem eigenen Programm soll Langzeitarbeitslosen die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt erleichtert werden. Die Ziele:

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Verbesserung der Situation für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter**
- **Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen**
- **Neustart bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit**

### GLEICHSTELLEN VON FRAUEN UND MÄNNERN

Es ist eine gute Nachricht für die vielen qualifizierten Frauen in diesem Land: 2015 kommt die gesetzliche Frauenquote für Aufsichtsräte. Aber die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist damit noch nicht vom Tisch – besonders bei der Frage, ob



*Matthias Schmidt. Ob Mindestlohn oder abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren; Treptow-Köpenick ist vertreten und entscheidet mit.*

Foto: Matthias Schmidt

Frauen und Männer gleich bezahlt werden. Mit einem Entgeltgleichheitsgesetz will die SPD diesem Ziel näher kommen. Die Ziele:

- **Verabschiedung einer gesetzlichen Frauenquote**
- **Gleicher Lohn für Frauen und Männer durch ein Entgeltgleichheitsgesetz**

### MENSCHENWÜRDIGES STERBEN ERMÖGLICHEN

Die SPD-Fraktion will 2015 die Sterbehilfe gesetzlich regeln. Doch wie soll in unserer Gesellschaft das Ende des Lebens gestalten werden? Auf der einen Seite wünschen sich viele Menschen ein Sterben in Selbstbestimmung, ohne Leiden und ohne Schmerzen. Auf der anderen Seite besteht große Unsicherheit durch die Angebote gewerksmäßiger Sterbehilfevereine sowie über die Möglichkeiten und Pflichten der Ärzte. In einem breit angelegten Diskussionsprozess sollen auf diese Fragen in Antworten gefunden werden. Die Ziele:

- **Eine gesetzliche Regelung zur Sterbehilfe auf Grundlage eines breit angelegten gesellschaftlichen Diskussionsprozesses**
- **Stärkung der Palliativmedizin und Hospize**

### EINE MODERNE UND FAIRE HANDELSPOLITIK

Die Europäische Kommission verhandelt derzeit weitreichende Handelsabkommen mit Kanada und den USA. Obwohl beide Länder zu den wichtigsten Handelspartnern der EU zählen, gibt es noch kein Handelsabkommen. In der Bevölkerung haben die Verhandlungen Ängste hervorgerufen. Die SPD setzt sich daher bei der Europäischen Kommission dafür ein, dass Folgendes gewährleistet ist:

- **Transparenz der Verhandlungen**
- **Gewährleistung der bestmöglichen Standards für Beschäftigte, Verbraucherinnen und Verbraucher und im Umweltschutz**
- **Keine Sonder-Gerichtsbarkeiten**

Sie wollen **die Zeitungs Ekke** per Mail erhalten? Schreiben Sie eine Mail an [matthias.schmidt@bundestag.de](mailto:matthias.schmidt@bundestag.de) und Sie erhalten sie stets zuerst.